



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	SJS/020/2013
Datum	Montag, den 02.12.2013
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Hans Litzinger	Ausschussvorsitzender	SPD
Sandra Ihne-Köneke	Stadtverordnete	SPD
Andrea Volk	Stadtverordnete	SPD
Kemal Yüksel	Stadtverordneter	SPD
Michael Hundertmark	Stadtverordneter	CDU
Dorothea Marx	Stadtverordnete	CDU
Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stve. Weiß
Gudrun Borchers	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter	FW
Thomas Meißner	Stadtverordneter	FDP; i.V.f. Stv. Schermuly

vom Magistrat

Manfred Wagner	Bürgermeister
----------------	---------------

von der Verwaltung

Peter Matzke	Koordinationsbüro Dez. II
Wolfram Becker	Jugendamt
Bernd Wachtel	Jugendamt
Angelika Kästingschäfer	Jugendamt

Peter Feth, als Schriftführer

AV Litzinger eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig sei.

Der Ausschuss kam überein, Tagesordnungspunkt 6 zur Beratung vorzuziehen.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 28.10.2013**
- 2 Änderung Satzung Kindertagesbetreuung
Vorlage: 1727/13 - I/383**
- 3 Änderung Satzung Kindertagespflege
Vorlage: 1728/13 - I/384**
- 4 Förderung der Wetzlarer Tafel
Vorlage: 1750/13 - I/386**
- 5 Das Sozialamt der Stadt Wetzlar
Entwicklung in den letzten Jahren
Vorlage: 1725/13 - I/379
Mitteilungsvorlage**
- 6 Kindergesundheit
- Bericht des Jugendamtes -**
- 7 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
a) Westend
b) Niedergirmes
- Sachstandsbericht -**
- 8 Verschiedenes**

Zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 28.10.2013

Mitteilungen

Sporthalle Münchholzhausen

Bgm. W a g n e r teilte mit, dass seit dem 18.11.2013 die Sporthalle Münchholzhausen wegen baulicher Mängel gesperrt sei. Mit den Vereinen und Schulen sei gesprochen und eine Grundversorgung erreicht worden. Weitere Räumlichkeiten würden gesucht. Derzeit werde auch eine Reparatur der Halle geprüft. Sollte sich hierzu kurzfristig noch etwas ergeben, würden über die Änderungsliste noch Mittel in den Haushalt 2014 eingestellt.

Asylbewerber im Kirschenwäldchen

Bgm. W a g n e r berichtete, dass ebenfalls seit dem 18.11.2013 43 Asylbewerber im Kirschenwäldchen untergebracht worden seien. Gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis und dem Pächter sei ein Weg gefunden worden. Auch beteiligt wurden Brandschutz und Bauaufsicht. Der „Runde Tisch“ vom 20.11.2013 mit Anwohnern und Beteiligten werde fortgeführt. Hier seien außer der Polizei auch das Ordnungsamt, die Kirchen und die Flüchtlingshilfe einbezogen worden. In dieser Woche werde der „Runde Tisch“ fortgesetzt. Auf Nachfrage erklärte Bgm. W a g n e r, dass die Einrichtung für maximal 59 Menschen ausgelegt sei. Die Betreuung werde vom Lahn-Dill-Kreis sichergestellt.

Gleichzeitig wies Bgm. W a g n e r darauf hin, dass der Unterbringungsdruck weiter anhalten werde. Hier werde der Magistrat weiterhin mit dem Lahn-Dill-Kreis im Gespräch bleiben, um Unterbringungen in Zelten zu vermeiden. Die Stadt übernehme Verantwortung und insoweit eine Vermittlerrolle zwischen den potentiellen Betreibern und dem Lahn-Dill-Kreis.

Auf Nachfrage erläuterte Bgm. W a g n e r, dass der Betreiber einen Shuttle-Service einrichte. Auch seien die Kirchen und die Flüchtlingshilfe vor Ort. Es würden Fahrten zur Schule und zur Kindertagesstätte geprüft. Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Prüfung, ob es sich um Flüchtlinge oder um Asylbewerber handle. (Red. Anm.: Herr M a t z k e teilte im Nachgang zur Sitzung und nach Rücksprache mit dem Rechtsamt am 05.12.2013 mit, dass es sich bei den Bewohnern der Einrichtung um Asylbewerber handle.)

Stv. B r e i d s p r e c h e r empfahl einen Spendenaufruf für Bekleidung. Bgm. W a g n e r entgegnete, dass dies durch die Flüchtlingshilfe koordiniert werde. Stv. H u n d e r t m a r k wies darauf hin, dass die Vorgehensweise des Lahn-Dill-Kreises hinsichtlich der Bürgerbeteiligung nicht angemessen gewesen sei. Bgm. W a g n e r antwortete, dass die Dinge eine Eigendynamik entwickelt hätten und er hoffe, dass dies nun besser werde.

Familienwegweiser

Bgm. W a g n e r stellte in Aussicht, dass der Familienwegweiser bald fertig sei und dass der Landrat und der Oberbürgermeister ihn demnächst vorstellen würden.

Radverkehrskonzept

Zum Radverkehrskonzept teilte Bgm. **W a g n e r** mit, dass im März eine Veranstaltung unter Beteiligung der interessierten Einwohnerinnen und Einwohner dazu stattfinden solle.

Anfragen

Keine.

Niederschrift vom 28.10.2013

Stv. **H u n d e r t m a r k** wünschte eine Änderung der Niederschrift. Er sagte zu, den zu ändernden Text dem Schriftführer per E-Mail zukommen zu lassen. Die Niederschrift wurde ansonsten ohne Änderungswünsche genehmigt.

Zu 2 Änderung Satzung Kindertagesbetreuung Vorlage: 1727/13 - I/383

Stv. **H u n d e r t m a r k** bat um Erläuterung, wie sich die Vertragslage mit den selbstorganisierten Trägern ändere. Bgm. **W a g n e r** erklärte hierzu, dass mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen Gespräche geführt würden, auch wegen der Änderung der Finanzierungsstrukturen. Er möchte diese Gespräche auch auf die Öffnungszeiten ausdehnen, wobei die Freien Träger auch weiterhin die Öffnungszeiten selbst bestimmen könnten. Es solle jedoch sichergestellt werden, dass die Kindertageseinrichtungen 50 Stunden in der Woche, durchschnittlich 10 Stunden am Tag, geöffnet seien. Ab 6 Stunden Anwesenheit bestehe die Pflicht zur Teilnahme am Mittagessen.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** fragte nach Erläuterungen zur Anpassung der Gebühren, da es sich aus seiner Sicht um eine spürbare Steigerung handele. Bgm. **W a g n e r** erläuterte, dass Gespräche mit Vertretern der Freien Träger und den Elternvertretern bereits im letzten Jahr stattgefunden hätten und die Gebührenerhöhung angekündigt worden sei. Die Gebührenerhöhung werde permanent in den regelmäßig stattfindenden Gesprächen thematisiert. Die Reaktionen aller Beteiligten waren ganz überwiegend verständnisvoll.

Stv. **H u n d e r t m a r k** fragte zur Synopse, wie die dort geschilderte Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf erreicht werden solle bei einer zeitlichen Vorgabe von 07.00 - 17.00 Uhr Öffnungszeit. Viele müssten früher anfangen und bräuchten länger zum Abholen. Bgm. **W a g n e r** erklärte hierzu, dass grundsätzlich die Leitungskraft mit der Amtsleitung des Jugendamtes die Öffnungszeiten festlege, dadurch gebe es eine „etwas bunte Öffnungszeiten-Landschaft“, die weiter entwickelt werden müsse, um ähnliche Öffnungszeiten herzustellen.

Stv. H u n d e r t m a r k fragte weiter, ob für die sog. Randzeitenbereiche zusätzlich Tagesmütter zur Verfügung stünden. Herr W a c h t e l erklärte hierzu, dass derzeit nur ein Kind zusätzlich von einer Tagesmutter versorgt werde, also nur rund 0,1 %. Ergänzend bat Stv. H u n d e r t m a r k um Auskunft, was in diesen Randzeiten pädagogisch ablaufe und in welchen Räumlichkeiten. Herr W a c h t e l erläuterte, dass jeweils individuelle Lösungen gefunden würden. Stve. I h n e - K ö n e k e sagte, dass Randzeiten stets individuell abgedeckt werden können. Die Stadt könne hinsichtlich der Kita-Betreuungszeiten z. Z. nicht auf alle Arbeitszeitmodelle eingehen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich zu der Neuregelung in § 9. Herr W a c h t e l erklärte, dass die Einsparungen tatsächlich der Kindertageseinrichtung zufließen sollten. Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte weiter nach sog. Härtefällen hinsichtlich der Befreiung von der Gebühr. Herr W a c h t e l antwortete, dass dies durchaus möglich sei. Herr F e t h ergänzte, dass die Zumutbarkeitsgrenze gesetzlich geregelt sei.

Stv. H u n d e r t m a r k bezweifelte die Steigerungen beim Gebührenertrag und erkundigte sich, ob es auch andere Schätzungen gebe. Bgm. W a g n e r erklärte, dass die Schätzungen durchaus realistisch seien und die Vorlage nicht noch weiter „aufgebläht“ werden solle. Stv. B r e i d s p r e c h e r betonte, dass er froh sei, dass keine gestaffelte Gebühr eingeführt werde, was er befürchtet habe.

Abstimmung: 8.0.3

Zu 3 Änderung Satzung Kindertagespflege Vorlage: 1728/13 - I/384

Stv. H u n d e r t m a r k erkundigte sich, wie die Tagesmütter qualifiziert seien. Hierzu erklärte Herr W a c h t e l, dass alle Tagesmütter eine 160-stündige Ausbildung erfahren und jährlich an Fortbildungen teilnehmen müssten, selbst dann, wenn eine berufliche Qualifikation vorliege.

Abstimmung: 11.0.0

Zu 4 Förderung der Wetzlarer Tafel Vorlage: 1750/13 - I/386

Stve. V o l k erläuterte die Vorlage. Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, wo die Grenze gezogen werden solle. Nach seiner Berechnung würde dies den Haushalt mit rund 9.000 € belasten. Stve. V o l k erklärte, dass die Finanzierung durch den Erlös der gespendeten Edelmetalle des städtischen Krematoriums erfolgen solle. Die Erträge hieraus seien weitaus höher als der in der Vorlage zu errechnende, maximale Zuschussbetrag. Da ihm dies nicht bekannt sei, bat Stv. B r e i d s p r e c h e r um Aufklärung, wie diese Erträge zustande kämen. Hierzu erläuterte Bgm. W a g n e r, dass Angehörige von kremierten Menschen auf die Herausgabe von Edelmetallen verzichteten und diese der Stadt Wetzlar überließen, sofern die Erträge sozialen Zwecken zugeführt würden. Stve. L u i t j e n s - T a y l o r bemerkte, dass die Zahl der Menschen steige, die sich nach ihrem Ableben einäschern ließen, mithin steige auch der Ertrag.

Stv. I h n e - K ö n e k e begrüßte die Vorlage, weil dadurch eine Qualifikation verbunden sei. Auch AV L i t z i n g e r sah die Vorlage positiv, da nicht einfach ein Betrag in die Kasse gespült werde. Auf Nachfrage des Stv. H u n d e r t m a r k erklärte Bgm. W a g n e r, dass aus dieser Vorlage gerade keine Dauerverpflichtung zur Förderung der Wetzlarer Tafel erwachsen könne, sondern situativ. Die Förderung ergänze die vom Bund um circa die Hälfte reduzierten Mittel zur Qualifikation von sog. Hartz-IV-Empfängern mit der Instrumentenreform 2011. Dies solle ein Teil der Komplementärfinanzierung darstellen.

Stv. Dr. V i e r t e l h a u s e n gab hierzu ein Beispiel, dass vom Jobcenter etwa nur dann ein Ein-Euro-Job eingerichtet werde, wenn der Verein zwei Drittel der Kosten übernehme. Stv. M e i ß n e r erkundigte sich hinsichtlich Punkt 5 der Vorlage. Stv. V o l k erklärte, dass Gespräche mit anderen Kommunen stattfänden, ihr bisher aber keine Zusagen bekannt seien. AV L i t z i n g e r ergänzte, dass Aßlar über einen Zuschuss in Höhe von 4.000 € nachdenke. Weitere Spender seien dabei, die Tafel zu unterstützen, auch der Lahn-Dill-Kreis beabsichtige, aus Spenden zu helfen, darüber hinaus die Kirchen und andere.

Stv. L u i t j e n s - T a y l o r beschrieb die Förderung als „Projektfinanzierung“. Durch die Befristung auf den 30.06.2015 werde auch keine Dauerverpflichtung eingegangen, die weitere Entwicklung solle abgewartet werden, so Bgm. W a g n e r. Hierzu diene auch der Appell wegen der Instrumentenreform nach Berlin. Darüber hinaus sei die so vorgesehene Förderung kein Eingriff in die Gestaltungshoheit des Verein.

Abstimmung: 7.0.4

**Zu 5 Das Sozialamt der Stadt Wetzlar
Entwicklung in den letzten Jahren
Vorlage: 1725/13 - I/379
Mitteilungsvorlage**

Bgm. W a g n e r führte in die Thematik ein. Herr F e t h präsentierte die Entwicklungen in den vergangenen Jahren im Sozialamt.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Zu 6 Kindergesundheit
- Bericht des Jugendamtes -**

Frau K ä s t i n g s c h ä f e r präsentierte Erfahrungen zum Hessischen Kindergesundheitsschutzgesetz (HessKindGSchG). Stv. V o l k bat um Auskunft, wie viele Kontakte nach der Arbeit von Frau Kästingschäfer zum ASD hergestellt würden. Frau K a s t i n g s c h ä f e r sagte, sie habe hierüber keine Zahlen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft, für wen dieses Gesetz gelte. Bgm. W a g - n e r sagte Aufklärung durch das Jugendamt zu. Stve. I h n e - K ö n e k e fragte an, ob die Hausbesuche vorgegeben seien. Frau K ä s t i n g s c h ä f e r berichtete, dass sie gute Erfahrungen mit Hausbesuchen gemacht habe. Außerdem sei ihre Arbeit mittlerweile auch bei Kinderärzten bekannt. Sie berichtete von einer guten Zusammenarbeit, manchmal gingen auch Terminvereinbarungen mit ihrer Unterstützung leichter.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Zu 7 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"

a) Westend

b) Niedergirmes

- Sachstandsbericht -

a) Westend

Am 05.11.2013 habe eine Sitzung des Stadtteilbeirats stattgefunden, erklärte Herr M a t z k e.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, ob die Caritas im Westend nicht mehr zuständig sei. Herr M a t z k e antwortete, dass im Rahmen der Verstärkung die Stadt mit halber Stelle dort jetzt tätig sei.

b) Niedergirmes

Am 30.10.2013 habe eine Sitzung mit Anwohnern und der Polizei zum Thema „Probleme in Niedergirmes“ stattgefunden, berichtete Herr M a t z k e. Am 08.11.2013 sei die Fertigstellung der Multifunktionsfläche am Kinder- und Familienzentrum Niedergirmes gewesen. Am 18.11.2013 war die Fertigstellung des Graffitis an der Fußgängerunterführung Dammstraße - Schulzentrum und Sportanlagen.

Zu 8 Verschiedenes

Herr M a t z k e ergänzte, dass für den ausgeschiedenen Herrn Demirel nunmehr Frau Ceylan Yaman in der DiTiB-Moschee Ansprechpartnerin sei.

AV L i t z i n g e r schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 20. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

L i t z i n g e r

F e t h